



## Dr. Peter Gauweiler

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender des Unterausschusses „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik“  
Bayerischer Staatsminister a.D.

# Presseerklärung

FOCUS-Online Interview am 24. März 2010

mit Dr. Peter Gauweiler

FOCUS-Online Redakteurin: Christina Otten

### **Schuldendebakel**

### **Gauweiler fordert Griechenland-Ermittlungen**

**FOCUS-Online:** EU-Kommissionspräsident Barroso baut eine enorme Druckkulisse auf, die die Bundesregierung dazu bewegen soll, seinem Notfallplan und finanziellen Hilfen für Griechenland zuzustimmen. Wie bewerten Sie die Aussagen Barrosos und wie sollte sich die Bundesregierung auf dem Gipfel verhalten?

**Dr. Gauweiler:** Derartige Finanzhilfen und Finanzgarantien für Griechenland sind nach dem EU-Recht eindeutig verboten. Das wäre wie Schokolade für Zuckerkrankte. Der EU-Präsident hat versucht, die Mitgliedstaaten zu einem Rechtsbruch und zur Umgehung gerade der Vorschriften zu drängen, die die Stabilität des Euro sichern sollen. Das ist ein unglaublicher Vorgang. Die Bundesregierung darf sich daran natürlich nicht beteiligen.

**FOCUS-Online:** Nach Rücksprache mit EU-Rechtsexperten begäbe sich der Rat mit Finanzhilfen aufgrund des Artikels 125 des Lissabon-Vertrags auf extrem dünnes Eis. Hilfen zum Schuldenausgleich anderer sind nicht vorgesehen und eine Organklage wäre möglich. Würden Sie dem zustimmen bzw. sich daran beteiligen?

**Dr. Gauweiler:** Die „No Bail-Out-Klausel“, auf die Sie ansprechen, gehört zum Kern der europäischen Währungsverfassung. Deutschland ist der Währungsunion nur unter der Voraussetzung beigetreten, dass es diese und andere Vorschriften gibt, die dafür sorgen sollen, dass der Euro so stabil ist wie die D-Mark. Die Missachtung dieser Vorschriften würde der deutschen Beteiligung an der Währungsunion die nach dem Grundgesetz erforderliche demokratische Legitimitätsgrundlage entziehen. Selbstverständlich weiß dies die Bundeskanzlerin. Sie ist dem von der Kommission geplanten Vertragsbruch offen entgegengetreten. Deshalb sehe ich zurzeit keinen Anlass für eine Klage.

**FOCUS-Online:** **Wie kann die Koalition dem Bundesbürger vermitteln, dass weitere Entlastungen und Vorhaben wegen der Rekordneuverschuldung zurückstehen müssen, aber gleichzeitig rund 5 Mrd. Euro für mögliche Griechenland-Hilfen zur Verfügung gestellt werden könnten?**

**Dr. Gauweiler:** Überhaupt nicht – Deutschland war und ist als größter Nettozahler in der EU ja ohnehin sehr solidarisch. Und gerade Griechenland hat davon sehr profitiert. Anders herum muss jeder europäische Staat für die Folgen seiner eigenen Haushalts- und Finanzpolitik unmittelbar einstehen. Selbst die momentane Zahlungsunfähigkeit eines Staates wäre für den Euro das weitaus geringere Problem als die faktische Abschaffung der Stabilitätsvorschriften für die europäische Währung. Dies würde jedes Vertrauen in das für 320 Millionen Menschen geschaffene Zahlungsmittel vernichten und alle EU-Staaten zu einer unverantwortlichen Haushaltspolitik geradezu animieren. Wir müssen aber auch einer weiteren Frage nachgehen: Wie konnte diese Untergrabung der Geldwertstabilität des Euro überhaupt geschehen? Welche Rolle spielten bei dieser Sabotage unserer Währung das statistische Amt der EU sowie griechische Politiker im Verbund mit bestimmten nicht-griechischen Finanzinstituten? Das ist ein Fall für die nationalen Staatsanwaltschaften. Auch in Deutschland.